

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU****Entwicklung der Offshore-Windindustrie sichern**

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wesentlicher Baustein, um die Klimaschutzziele zu erreichen, unsere Energieversorgung ökologisch zu modernisieren und die Abhängigkeit von immer knapper werdenden Öl- und Gasvorkommen zu reduzieren. Deutschland ist das weltweit führende Industrieland beim Umstieg auf eine erneuerbare und nachhaltige Energieversorgung. Gegenwärtig ist die Windenergie die am weitesten verbreitete Energieerzeugungsart mit dem größten Anteil an der Stromversorgung unter den „Erneuerbaren“. Die Offshore-Windenergie hat dabei das Potenzial, bis zu 10 % des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland abzudecken. In Bremerhaven haben sich viele Unternehmen dieser Branche angesiedelt und damit dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen. Neben der eigentlichen Produktion der Anlagen befinden sich auch viele Zulieferer, Forschungseinrichtungen sowie Logistikunternehmen in Bremen und Bremerhaven, die direkt oder indirekt von der weiteren Entwicklung der Windparks auf See abhängig sind.

Erhebliche Verzögerungen bei der Anbindung der Nordsee-Windparks an das landseitige Stromnetz und die Unsicherheit über die langfristige Entwicklung der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Einspeisevergütung haben die Offshore-Windindustrie so verunsichert, dass bereits mehrere große Investitionsvorhaben verschoben worden sind. Die daraus resultierende Auftragsflaute, die sich bei fehlender Planungssicherheit fortsetzen und weiter verschärfen dürfte, gefährdet die Energiewende, die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplätze der Offshore-Windindustrie auch im Land Bremen, insbesondere am Standort Bremerhaven. Die Branche selbst rechnet inzwischen mit Personalabbau, mit möglichen Abwanderungen und im schlimmsten Fall sogar mit Insolvenzen. Dass die Bundesnetzagentur dem Netzbetreiber Tennet wegen fehlender Finanzausstattung die Zertifizierung für die Anbindung von Nordsee-Offshore-Windparks an das Stromnetz verweigert hat, ist eine weitere schwere Belastung der Branche und Indiz für die Dringlichkeit des Problems.

Die Offshore-Industrie braucht Planungssicherheit, verlässliche Partner beim Netzanschluss und ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu den von ihr selbst formulierten Ausbauzielen. Eine staatliche, deutschlandweit tätige Netzgesellschaft wäre einerseits ein besserer Partner beim Anschluss der Offshore-Windparks und gleichzeitig ein wirkungsvolles Instrument und Koordinator, wenn es darum geht, die Energienetze im Zuge der Energiewende um- und auszubauen. Der Ausbau der Netze muss dem Ausbau der erneuerbaren Energien entsprechen und darf diesen nicht ausbremsen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Energiewende, von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft umgehend verlässliche Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Offshore-Windindustriestandorts Deutschland zu schaffen und insbesondere die für Investoren erforderliche langfristige Planungssicherheit herzustellen. Dazu gehören insbesondere
  - a) die Sicherstellung auskömmlicher EEG-Vergütungssätze für einen längerfristigen Zeitraum,

- b) die Bündelung der Zuständigkeiten im Hinblick auf Prüfung und Genehmigung sowie strategische und planerische Koordinierung des Ausbaus der Offshore-Windenergie,
  - c) die baldmögliche Sicherstellung der Netzanbindung und den Ausbau der Stromtrassen zu gewährleisten.
2. Angesichts des offensichtlichen Fehlens geeigneter und ausreichend finanzkräftiger Investoren für die Anbindung der Nordsee-Offshore-Windparks an das landseitige Stromnetz spricht sich die Bürgerschaft (Landtag) für einen Einstieg des Staates in eine Netzbetreibergesellschaft aus, die den zügigen Netzanschluss durch eine Staatsbeteiligung sichert. Es geht darum, die energiepolitischen Ziele nicht zu gefährden, Arbeitsplätze zu erhalten und die Wettbewerbsposition der deutschen Offshore-Windindustrie zu sichern. Der Senat wird gebeten, über den Bundesrat entsprechend initiativ zu werden.

Andreas Kottisch, Arno Gottschalk, Dieter Reinken,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Anne Schierenbeck, Ralph Saxe, Frank Willmann,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Heiko Strohmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU